

# BmG-Infobrief 02/2021

Burgwedel, den 21. Oktober 2021

## Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute: BIP steigt 2021 um 2,4 %

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihr Herbstgutachten mit dem Titel „Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten“ vorgelegt. Darin erwarten sie einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2021 um 2,4 %. Gegenüber dem Frühjahrsgutachten wurde damit die Prognose nach unten revidiert – seinerzeit wurde ein Wachstum von 3,7 % prognostiziert.

Die Entwicklung der wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen wird wie folgt eingeschätzt:

- Die **Ausrüstungsinvestitionen** dürften nach einem starken Einbruch 2020 in diesem Jahr um 4,9 % wachsen. In den beiden kommenden Jahren dürften sie dann mit Raten von 7,3 % und 5 % expandieren – die oben angesprochenen Lieferengpässe verschieben die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen in die nächsten Jahre.
- Der **private Konsum** wird in diesem Jahr laut Experten stagnieren (-0,1 %). Mit einer vollständigen Erholung des Aggregats wird erst im kommenden Jahr (7,8 %) gerechnet. Dann dürfte die Pandemie das Wirtschaftsgeschehen nicht mehr so stark belasten; zudem werden sich dann wohl auch die Lieferengpässe im industriellen Bereich allmählich auflösen und damit Konsumgüter, deren Produktion durch die Engpässe beeinträchtigt wird, wieder vermehrt angeboten. Im Jahr 2023 dürften sich die Verlaufsdaten wieder normalisieren und die privaten Konsumausgaben um 1,9 % zulegen.
- Die Pandemie hatte im vergangenen Jahr deutliche Spuren am **Arbeitsmarkt** hinterlassen. Erst im Sommer dieses Jahres begann die Erwerbstätigkeit sich substantiell zu erholen. Im Prognosezeitraum wird die Erwerbstätigkeit im Zuge der wirtschaftlichen Erholung voraussichtlich weiter zunehmen. Die **Arbeitslosenquote** dürfte nach 5,9 % im Jahr 2020 im Jahresdurchschnitt 2021 5,7 % und im Jahr 2022 5,3 % betragen. Im Folgejahr ist mit einer Arbeitslosenquote von 5,1 % zu rechnen, was in etwa dem Vorkrisenniveau entspricht.
- Der **Außenhandel** hat vorübergehend an Schwung verloren; dies gilt sowohl für den Ex- als auch Import. Die Prognose aus dem Frühjahr, dass die Exporte um 11,7 % steigen, kann nicht eingehalten werden. Die weltweite Knappheit an Vorleistungsgütern belastet die Produktion und damit auch die Ausfuhren. Im Dienstleistungshandel blieb eine deutliche Erholung aufgrund anhaltender Beschränkung insbesondere des Reiseverkehrs bislang aus. Insgesamt dürften die realen **Ausgaben** in diesem Jahr um 8 %, im kommenden Jahr um 7,1 % und im Jahr 2023 um 4,4 % zunehmen. Für die **Einfuhren** rechnen die Experten in diesem Jahr mit einem Anstieg um 8,3 % (2022: 6,7 %; 2023: 4,9 %).



Fachvereinigung  
Betonbauteile  
mit Gitterträgern

Raiffeisenstraße 8  
30938 Großburgwedel  
Tel. 05139 9599-30  
Fax 05139 9994-51  
www.fachvereinigung-bmg.de  
info@fachvereinigung-bmg.de

DEUTSCHE  
**BETONBAUTEILE**

- Die **Inflation** ist in den vergangenen Monaten in die Höhe geschneit und wird in diesem Jahr insgesamt voraussichtlich bei +3 % liegen. Grund hierfür sind die gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise sowie die Mehrwertsteueränderung zu Beginn des Jahres. Im kommenden Jahr dürfte die Teuerung mit jahresdurchschnittlich +2,5 % hoch bleiben. Im Jahr 2023 beträgt die Inflationsrate nach vorliegender Prognose 1,7 %.
- Eine Rückkehr zu einem ausgeglichenen **Staatshaushalt** ist vorerst nicht zu erwarten. Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte in diesem Jahr auf 4,9 % in Relation zum BIP steigen (Prognose 2022: 2,1 %; 2023: 0,9 %); der **Finanzierungssaldo** des Staates läge dann 2021 bei -173,7 Mrd. Euro (zum Vgl. 2020: -145,2 Mrd. Euro).
- Den Verlauf der Bauinvestitionen schätzen die Institute unter dem Titel **„Bauinvestitionen kurzfristig durch Sondereffekte beeinträchtigt“** wie folgt ein:

„Die Bautätigkeit entwickelte sich im bisherigen Jahresverlauf verhalten. Im ersten Quartal waren die Bauinvestitionen mit -0,2 % leicht rückläufig. Im Frühjahr hatte die Bauproduktion allerdings einen noch kräftigeren Rückgang erwarten lassen. Insbesondere der Wohnungsbau wurde aber von der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer und der ungünstigen Witterung offenbar wenig beeinträchtigt. Im zweiten Quartal wurden die Bauinvestitionen trotz voller Auftragsbücher nur wenig ausgeweitet (+0,3 %). Hierfür dürften nicht zuletzt gravierende Materialengpässe bei wichtigen Baurohstoffen wie Holz und Stahl eine Rolle gespielt haben. So berichteten im Juni über 44 % der Unternehmen im Bauhauptgewerbe aus diesem Grund von Behinderungen. Noch im März waren davon nur gut 6 % der Unternehmen betroffen gewesen. Die aus der Knappheit resultierende Preisexplosion am Weltmarkt – der Preis für Schnittholz stieg vorübergehend um über 100 % - sorgte darüber hinaus für enorme Anstiege bei den Baupreisen, welche auch im weiteren Verlauf die Entwicklung der Bauinvestitionen dämpfen dürften. Im dritten Quartal zeichnet sich allerdings bereits ein Rückgang der Engpässe ab. So ist der Anteil der von Materialmangel beeinflussten Unternehmen laut ifo-Umfrage seit dem Sommer in allen Sparten rückläufig. Auch die Preise für Baurohstoffe, insbesondere Holz, sanken zuletzt wieder. Die Institute rechnen daher damit, dass sich die Materialengpässe in der Bauwirtschaft – im Gegensatz zu den Lieferengpässen bei Investitionsgütern – bis Anfang 2022 weitgehend aufgelöst haben werden. Somit kommen die stimulierenden Rahmenbedingungen, darunter nicht zuletzt die äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen, dann wieder stärker zum Tragen.

Der **Wohnungsbau** dürfte vor diesem Hintergrund bereits im zweiten Halbjahr dieses Jahres merklich expandieren und im kommenden Jahr noch einmal an Dynamik gewinnen. Die Auftragsbücher sind prall gefüllt. Auch ist der Bedarf an Wohnraum weiterhin hoch, und die Finanzierungskosten für Wohnungsbaukredite bleiben voraussichtlich über den ganzen Prognosezeitraum hinweg niedrig. Auch dürfte ein Teil der während der Pandemie aufgestauten Ersparnisse für die Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen genutzt werden. Bremsend wirken dürfte, vor allem in diesem Jahr, dass angesichts des kräftigen Preisanstiegs ein Teil der Haushalte Probleme hat, einen Hausbau zu finanzieren. **Insgesamt rechnen die Institute mit einer Zunahme der Wohnbauinvestitionen in diesem Jahr um 2 %. Für das kommende Jahr ergibt sich eine Expansionsrate von 3,1 % und für das Jahr 2023 eine Rate von 2,7 %.**

Im **gewerblichen Bau** ist im Prognosezeitraum mit einem ähnlichen Verlauf wie im Wohnungsbau zu rechnen. Auch hier dürfte das Abklingen der Materialengpässe dazu führen, dass zumindest ein Teil der geplanten Bautätigkeit nachgeholt wird. Die Baugenehmigungen für Büro- und Fabrikgebäude verzeichneten über den Sommer einen leichten Aufwärtstrend. Im kommenden Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Erholung die gewerblichen Bauinvestitionen zusätzlich stützen. Die finanzielle Situation vieler Unternehmen dürfte sich dann wieder deutlich verbessert haben und es ihnen somit ermöglichen, verschobene Investitionen nachzuholen. **Für das Gesamtjahr 2021 ergibt sich durch das schwache erste Quartal eine nur sehr leichte Ausweitung des gewerblichen Baus von 0,3 %. Für das kommende Jahr erwarten die Institute dann eine deutliche Expansion von 1,9 % und für das Jahr 2023 um 0,9 %.**

Demgegenüber entwickeln sich die **öffentlichen Bauinvestitionen** in der zweiten Hälfte dieses Jahres wohl merklich weniger dynamisch. Bei einem – wie in allen Bausparten – sehr hohen Bestand an Aufträgen kamen zuletzt nur noch wenige neue hinzu, insbesondere im öffentlichen Tiefbau. Grund dafür dürfte aktuell vor allem die angespannte finanzielle Lage der Kommunen sein, welche die Planung größerer Bauprojekte erschwert. So zeigten sich die Bauunternehmen für den öffentlichen Sektor laut ifo-Konjunkturumfrage zuletzt auch deutlich weniger optimistisch als für andere Baubereiche. Wenn in den kommenden beiden Jahren zunehmend Mittel aus den Konjunktur- und Zukunftspaketen abfließen, dürften sich die öffentlichen Bauinvestitionen in Hoch- und Tiefbau merklich beleben. So sieht das Konjunkturpaket beispielsweise den Ausbau von Kindertagesstätten vor, und im Zukunftspaket ist eine Ausweitung der digitalen Infrastruktur geplant. **Folglich erwarten die Institute für das aktuelle Jahr eine Stagnation (-0,1 %), und für die Jahre 2022 (+1,4 %) und 2023 (+1,5 %) einen robusten Zuwachs.**

**Für die Gesamtheit der Bauinvestitionen ergibt sich ein Anstieg um 1,3 % in diesem Jahr, gefolgt von 2,6 % im kommenden Jahr und 2,1 % im Jahr 2023.** Die Materialengpässe sowie die zeitweilig stark gestiegenen Rohstoffpreise sorgten bereits im ersten Halbjahr für enorme Zuwächse bei den Baupreisen. Diese Dynamik dürfte sich abgeschwächt bis zum Ende des Jahres fortsetzen. Demzufolge wird der Deflator der Bauinvestitionen im laufenden Jahr voraussichtlich um rund 6,5 % zunehmen und damit so stark wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Infolge verzögerter Preisanpassung aufgrund langfristiger Lieferverträge dürfte der Preisanstieg trotz nachlassender Materialengpässe auch im nächsten Jahr noch überaus kräftig sein (+5,3 %).“

Die Einschätzungen der Wirtschaftsinstitute erscheinen realistisch. Die aktuell zu beobachtende Konjunkturdelle im Bau dürfte 2022 überwunden werden, so dass auch die Absatzerwartungen für die Baustoff-Steine-Erden-Industrie grundsätzlich weiterhin positiv sind.

- Die Institute plädieren dafür, dass mit der Erholung von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise die Hilfsmaßnahmen wieder heruntergefahren werden. Jetzt ginge es darum, den Blick wieder auf die 2020er Jahre zu richten. Wichtig hierbei sei es, das **Rentensystem** demografiefest zu machen, die **Klimaschutzpolitik** sowie die Bedingungen für **Digitalisierung** und **private Investitionen** zu verbessern. Wichtig in diesem Kontext sei, dass ohne **sozialen Ausgleich** die Folgen von Demografie, Dekarbonisierung und Digitalisierung ungleich verteilt wären – zulasten einkommensschwacher Haushalte. Ein Ausgleich sollte deshalb durch **direkte Hilfen** für bedürftige Haushalte geschehen. Dies sei nicht nur aus Verteilungsper-

spektive geboten. Vielmehr ist der Ausgleich erforderlich, um eine hohe Akzeptanz von technologischem Fortschritt, Strukturwandel und Klimaschutzpolitik zu gewährleisten.

Den vollständigen Wortlaut des Gutachtens finden Sie unter folgendem Link:

[https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2021/10/GD\\_H21\\_Langfassung\\_online.pdf](https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2021/10/GD_H21_Langfassung_online.pdf)